

Zimmermann, Klaus F.

**Article**

## Die Kreditklemmen-Verhinderer verheddern sich: Kommentar

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Zimmermann, Klaus F. (2009) : Die Kreditklemmen-Verhinderer verheddern sich: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 76, Iss. 37, pp. 638-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151844>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## Die Kreditklemmen-Verhinderer verheddern sich

von Klaus F. Zimmermann\*

Mit der Erholung der Wirtschaft weltweit verschieben sich die Aufgaben des Krisenmanagements der Politik: Vom Design der Finanzmarktarchitektur, dem Fluten der Geldmärkte und der Mobilisierung von Steuermitteln zur Konjunkturerholung hin zum Austrocknen der Liquiditätsseen bei den Banken bis zum Verhindern einer Verschuldungsspirale bei der öffentlichen Hand. Diese Verschuldung könnte nach einer möglicherweise nicht zu verhindernden Kreditklemme weltweit schließlich zu massiver Inflation führen.

Dieses Szenario geht so: Die Banken horten weltweit Liquidität, die ihnen die Zentralbanken angesichts der Krise quasi unbegrenzt zur Verfügung gestellt haben. Nur zögerlich nutzen sie es zur Kreditvergabe, die durch protektionistische Rückzüge der Banken aus ihrem internationalen Geschäft weiter geschwächt wird. Gleichzeitig tritt wegen der konjunkturbedingten Haushaltslöcher und der immensen Konjunkturpakete der Staat als massiver Nachfrager nach Krediten auf. Eine Kreditklemme droht, die den Aufschwung abbremsen kann. Das zwingt die Zentralbanken Amerikas und Englands bereits heute dazu, direkt Anleihen von Unternehmen und Staatspapiere zu kaufen. Die Europäische Zentralbank könnte schon bald folgen. Dieses „Gelddrucken“ bereitet langfristig den Boden für Inflation. Wenn der Staat gleichzeitig versucht, als Konkurrent der Unternehmen am Kapitalmarkt und als ihr Kreditgeber (wie angekündigt über die Kreditanstalt für Wiederaufbau) aufzutreten, dann verwickelt er sich weiter in unauflösbare konzeptionelle Widersprüche.

Die sich abzeichnende Staatsverschuldung ist gigantisch. Nach gegenwärtiger Rechnung ist in wenigen Jahren ein Anstieg der Verschuldungsquote von zuletzt gut 60 Prozent auf über 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts möglich. Die bei Erholung der Konjunktur zu erwartenden steigenden Zinszahlungen werden die öffentlichen Haushalte erdrücken. Auch bei normaler Konjunktur wird mit strukturellen Defiziten von weit über 50 Milliarden Euro pro Jahr zu rechnen sein. Massive Steuererhöhungen sind deshalb mittelfristig nötig.

Für den Budgetausgleich wird gleich in welchem Szenario spätestens ab 2011 drastisch gespart werden müssen. Das wird dort nötig sein, wo es frei zugreifbare Mittel gibt, ganz gleich ob das sinnvoll ist. Die bittere Realität wird also bedeuten, dass eher bei Hochschulen und Kindergärten als bei überflüssigem Personal und Subventionen gespart wird. Da ist es allemal besser zu hinterfragen, ob nicht bei sich rasch erholender Konjunktur auf einen Teil der Konjunkturprogramme verzichtet werden kann. Viele Maßnahmen waren konzeptionslos zusammengeschustert, der Gutteil ist noch nicht einmal auf den Weg gebracht. Der Bundesfinanzminister fordert deshalb die internationale Vereinbarung von Ausstiegskriterien aus den Konjunkturprogrammen. Recht hat er und er verdient dafür nachhaltige Unterstützung.

\* Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

**Impressum**

DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Tel. +49-30-897 89-0  
Fax +49-30-897 89-200

**Herausgeber**

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
(Präsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Dr. habil. Christian Dreger  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Alexander Kritikos  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Christian Wey

**Chefredation**

Dr. Kurt Geppert  
Carel Mohn

**Redaktion**

Tobias Hanraths  
PD Dr. Elke Holst  
Susanne Marcus  
Manfred Schmidt

**Pressestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 – 30 – 89789–249  
presse@diw.de

**Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.  
Reklamationen können nur innerhalb  
von vier Wochen nach Erscheinen des  
Wochenberichts angenommen werden;  
danach wird der Heftpreis berechnet.

**Bezugspreis**

Jahrgang Euro 180,-  
Einzelheft Euro 7,-  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer  
und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen vor Jahresende  
ISSN 0012-1304  
Bestellung unter leserservice@diw.de

**Satz**

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

**Druck**

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung  
eines Belegexemplars an die Stabs-  
abteilung Kommunikation des DIW  
Berlin (Kundenservice@diw.de)  
zulässig.

Gedruckt auf  
100 Prozent Recyclingpapier.